Sperrfrist 30.09.2025, 11 Uhr

Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.

Schwarzbuch 2025/2026 –16 Fälle aus Nordrhein-Westfalen

Bochum: Steuergeldverschwendung schwarz auf weiß (Teure Fehler, S. 106)
Die neue Turnhalle an der Märkischen Schule in Bochum-Wattenscheid sorgt wegen einer Planungspanne bei einer Wandverkleidung für Kopfschütteln.
Bochum (NRW). Im November 2024 wurde die neue Sporthalle in Bochum-Wattenscheid eingeweiht. Vier Schulen und der Olympiastützpunkt Westfalen/Bochum nutzen seitdem die knapp 20 Mio. Euro teure Turnhalle. Doch im Sportunterricht kam es nach Darstellung der Stadt Bochum „zu visuellen Irritationen". Schuld daran ist die sogenannte Prallwandverkleidung der Sporthalle, deren Oberfläche aus ca. 57 mm breiten schwarz-weiß gestreiften Paneelen besteht. Dieses schwarz-weiße Muster sorge für optische Täuschungen, sodass Tore, Netze oder Bälle nur schwer zu erkennen seien. Abhilfe tat also Not. Dafür wurden die Latten ausgetauscht und neu angeordnet. „An den Längsseiten werden die Latten im vorhandenen Schwarzton verbaut. Die vormals weiß lackierten Latten werden auf die Stirnseiten verlegt und erhalten einen sportfachlich vorteilhaften hellgrauen Anstrich", erklärte die Stadt Bochum im März 2025 auf eine Anfrage des Bundes der Steuerzahler NRW. Für den Umbau entstünden Kosten in Höhe von etwa 48.000 Euro, die wohl die Stadt Bochum tragen wird, denn ob die Stadt Schadensersatz geltend machen kann, ist nach Meinung des BdSt NRW zweifelhaft. Zwar prüfe die Stadt nach eigenen Angaben, ob sie ihre Kosten erstattet bekommt, aber Planung und Ausführung der gestreiften Prallwand seien im Vorfeld mit allen Beteiligten einvernehmlich abgestimmt worden. Der beauftragte Generalplaner habe schon erklärt, dass aus seiner Sicht kein Planungsfehler im Sinne eines normativen Verstoßes vorliege, so die Stadt Bochum.
DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT
Trotz Nachfrage bleibt unklar, wer für die Planungspanne verantwortlich ist – die Stadt verweigert eine Antwort. Ebenso rätselhaft bleibt, warum die fragwürdige Wandgestaltung nicht bereits in der Planungsphase aufgefallen ist. Ein teures Versäumnis, das jetzt wohl die Stadt bezahlen muss.

Bochum: 70 Mio. Euro für Profi-Fußballstadion (exklusiv auf www.schwarzbuch.de)
Für „seine" Fußballmannschaft würde so mancher Fan vielleicht das letzte Hemd geben. Doch ist ein Profistadion in städtischer Hand, kann es auch für die Steuerzahler richtig teuer werden: In Bochum soll das Stadion und Stadioncenter saniert werden – die Stadt plant dafür 70 Mio. Euro ein. Dabei mussten schon in der Vergangenheit die Steuerzahler regelmäßig sehr viel für das Stadion zahlen.
Bochum (NRW). Das Heimstadion des VFL Bochum ist seit 1979 das heutige „Vonovia Ruhrstadion". Es gehört der Stadt Bochum bzw. seit 2024 der neu gegründeten Bochumer Sportstätten Besitzgesellschaft mbH, der auch andere Sportstätten gehören. Direkt am Stadion steht das fünfstöckige Stadioncenter mit VFL-Fanshop, Fangastronomie, VIP-Räumen und VFL-Geschäftsstelle. Für 9,9 Mio. Euro hat die Bochumer Sportstätten Besitzgesellschaft mbH im August 2024 das Gebäude gekauft, Schulden übernommen, aktuelle investive (Instandhaltungs-)Maßnahmen finanziert und eine Anschubfinanzierung der Planungsleistungen für die Sanierung bereitgestellt. Aus Sicht der Stadt waren zum Zeitpunkt des Kaufes aber zusätzliche Instandhaltungsmaßnahmen und eine energetische Sanierung erforderlich. Der Haken: Ohne Planungen waren die Konsequenzen für den städtischen Haushalt offen, weil die Kosten dafür nicht ermittelbar waren. Doch nicht nur das Stadioncenter soll saniert werden, sondern auch das Stadion selbst. Und das wird für die Steuerzahler in Bochum richtig teuer – die Stadt plant mit 70 Mio. Euro. Wofür genau das Geld ausgegeben werden soll, konnte die Stadt auf BdSt-Anfrage zunächst nicht sagen. Die Präsentationen, die bei den Mitgliederversammlungen des VfL Bochum Ende 2024 und im Juni 2025 vorgestellt wurden, zeigen die Planungen für den Ausbau: eine hälftige Unterteilung von Sitz- und Stehplätzen, ein Stehplatzblock, 2.000 VIP-Plätze, eine variable Auslastung des Gästebereichs, ein variabler Steh-/Sitzplatzbereich mit „Varioseats", ein zusätzlicher Trainingsplatz, der Umbau eines Platzes vom Kunstrasenplatz zum Naturrasenplatz und eine Sanierung der „Sichelbinder", 38 Spannbetonbinder, die an der Außenfassade angebracht sind und zusammen mit den vier Flutlichtmasten dem Stadion ein einzigartiges Profil verleihen sollen. Der VFL Bochum hat das Ruhrstadion gepachtet – bislang ein Schnäppchen für den VFL Bochum, denn

2024 betrugen die gesamten Pachteinnahmen für die Stadt gerade einmal rund 269.000 Euro. Das änderte sich durch einen neuen Vertrag mit der neuen städtischen Eigentümergesellschaft. Für 2025 kalkuliert die Stadt mit 900.000 Euro bis 1,25 Mio. Euro, für 2026 mit 800.000 Euro bis eine Mio. Euro (bei nicht sofortigem Aufstieg in die 1. Bundesliga), jeweils plus Mehrwertsteuer. Da die Höhe der Pacht nun von der Ligazugehörigkeit abhängt und der VFL 2025 in die 2. Liga abgestiegen ist, reduziert sich die Pacht. Der Vertrag regelt auch, dass die neue Stadttochter dem VFL Bochum die Betriebskosten in Rechnung stellt. Bis dahin wurden sie zum Teil vom Steuerzahler bezahlt – im Jahr 2022 waren das rund 2,4 Mio. Euro! Dabei mussten schon in der Vergangenheit Bochumer Steuerzahler oft für das Stadion zahlen. So findet der Bund der Steuerzahler Beschlüsse aus öffentlichen Ratsvorlagen zwischen August und Oktober 2021, die teuer waren. Einer der Gründe ist in der Vorlage vom 11. August 2021: „Entsprechend des der Sportverwaltung vorliegenden Lizenzbescheides und der neuen Medienrichtlinien der DFL sind umfangreiche und kostenintensive Maßnahmen im und am Stadion durchzuführen.“ Für 167.000 wurden u. a. Stromkästen umgebaut, eine HawkEye-Torlinientechnik und LAN-Anschlüsse im Hintertorbereich installiert, Leerrohre zum Spielfeldrand für die Eckfahnenkamera verlegt und vieles mehr. Zu einem Trainingsplatz der Profimannschaft hieß es in der Vorlage vom 11. Oktober 2021: „Der Rasen befindet sich mittlerweile in einem schlechten Zustand und lässt ein profihaftes Training nicht mehr zu.“ So kamen noch Kosten über 322.000 Euro für den neuen Rasen hinzu. Und vom 5. Oktober 2021 stammt die Ratsvorlage zur Reinigung der Spannbetonbinder am Stadion von z. B. Taubenkot und Vermoosung. Bis 2024 bezahlten Bochumer Steuerzahler zunächst ca. 100.000 Euro, über die neue Besitzgesellschaft kommen voraussichtlich 250.000 Euro hinzu. So mancher Fan wird die hohen Kosten für das Stadion unkritisch sehen, doch es kostet viel Steuergeld, das Profifußballstadion nicht nur in Schuss, sondern auch DFB und DFL konform zu halten.

DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT

Das Profifußballstadion ist für Bochumer Steuerzahler teuer. Für 70 Mio. Euro Sanierungskosten sollen sie geradestehen. Bei einer jährlichen Pacht, gerade einmal einer Mio. Euro, wird es lange dauern, bis dieses Geld wieder im Haushalt zurück ist. Und bis dahin gibt es vermutlich noch so manche weitere Sanierung.

Bonn: Mit Sicherheit übertrieben (Richtig skurril!, S. 73)

Über 40 Jahre hinweg kürzten Anwohner in Niederholtorf bei Bonn den Weg zu einem Bolz- und Spielplatz über einen Garagenhof ab. Seit 2023 versperrt ihnen nun ein Zaun den Weg. Den hat die Stadt errichtet, um Unfälle zu vermeiden, die es dort noch nie gegeben hat. Auf die Zaun-Posse folgte dann noch eine Treppen-Posse.

Bonn (NRW). Seit 1982 gibt es den Bolz-und Spielplatz „Am Waldrand“. Der offizielle Weg für die Bewohner des Bonner Stadtteils Niederholtorf geht über die Straßen „Am Bolzplatz“ und „Saynstraße“. Doch es geht auch schneller: Als Abkürzung nahmen viele Anwohner jahrzehntelang den Weg über einen Garagenhof – so lange, bis sich ein Garagenbesitzer bei der Stadt beschwerte. Er sorge sich um die Sicherheit von Kindern durch die herausfahrenden Autos aus den Garagen, so erklärte die Stadt Bonn. Die Stadt gab dem Anliegen des Garagenbesitzers nach und setzte 2023 zwischen Bolzplatz und Garagenhof einen Zaun für 1.000 Euro – vorsorglich zur Vermeidung möglicher Gefahren und um

kenntlich zu machen, dass es sich um ein privates Gelände handelt. Unfälle habe es dort noch nie gegeben, so die Stadt Bonn auf unsere Anfrage. Auch zwei Hinweisschilder – eines am Anfang, eines am Ende des Garagenhofs – machen deutlich: Es handelt sich um einen Privatweg, und das Betreten geschieht auf eigene Gefahr. Die Anwohner, die diese Abkürzung über 40 Jahre genutzt haben, sind nun sauer und beantragten, dass die Stadt den Zaun wieder entfernt. Doch die Stadt will den Zaun stehen lassen, denn sie sei nicht gehindert, „auch überobligatorische Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen“. Ihr Alternativvorschlag: Die Bürger sollen über einen anderen Pfad hinter den Garagen zum Spielplatz gehen. Die Bonner Politik beauftragte die Verwaltung daher, den „nicht verkehrssicheren Trampelpfad“ mit einer sogenannten Knüppelstufenanlage auszustatten. Kostenpunkt: weitere 5.000 Euro. Büsche und Gehölze, die den Weg versperrten, hat die Stadt gerodet und die Treppe mittlerweile gebaut. Der Zaun mag rechtmäßig sein, ein Unfall auf dem Garagenhof kann nicht ausgeschlossen werden. Diese Gefahr gibt es aber auch auf dem offiziellen Weg über Straßen. Und wie wahrscheinlich ist es, dass auf dem Garagenhof ein Unfall passiert?

Viele Anwohner haben sich mehr als 40 Jahre sicher gefühlt und die Verantwortung

für sich und ihre Kinder übernommen, wenn sie die Abkürzung über diesen eindeutig ausgeschilderten Privatweg gegangen sind.

Sperrfrist 30.09.2025, 11 Uhr

DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT
Mit dem Zaun nimmt die Stadt den Bürgern die Eigenverantwortung ab und schießt nun auch noch mit der Treppe deutlich übers Ziel hinaus. Im Bonner Straßenverkehr gibt es sicher größere Gefahrenpunkte, wo das Geld besser angelegt wäre.

Bonn: Tusch! Beethovenhalle wird eröffnet (Nachlese, S. 171)
Am 16.12.2025 soll in der Bonner Beethovenhalle das Eröffnungskonzert erklingen. Die Sanierung hat sechs Jahre länger gedauert und fünf Mal mehr gekostet als geplant.
Bonn (NRW). Die Beethovenhalle ist „bereit für eine neue Ära", verkündete die Bonn CC Management GmbH in einer Pressemitteilung vom 9.4.2025: Am 16.12.2025 soll die sanierte Veranstaltungshalle mit einem Eröffnungskonzert wiedereröffnet werden – als hochmoderne Spielstätte mit neuester Haus, IT- und Veranstaltungstechnik. Damit kann die Beethovenhalle wieder bespielt werden und steht auch für Kulturveranstaltungen, Konferenzen, Kongresse und Ausstellungen zur Verfügung – mit sechs Jahren Verspätung. Ursprünglich war geplant, die Halle innerhalb von drei Jahren zu sanieren und zum Beethovenjahr 2019 fertigzustellen. In einer frühen Planungsphase lagen die Kostenschätzungen bei 42 Mio. Euro, als die Sanierung 2016 begann, rechnete man bereits mit 61 Mio. Euro. Inzwischen belaufen sich die Ausgaben auf mehr als 221 Mio. Euro. Bitter für die Bonner Steuerzahler.
Doch wie so oft ist alles eine Frage der Perspektive – in Köln, wo die Kosten für die Oper von rund 253 Mio. Euro auf fast 800 Mio. Euro gestiegen waren, wäre das wohl ein Schnäppchen.
DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT
Nun strebt die „Unvollendete" endlich der Vollendung entgegen – mit jahrelanger Verzögerung und millionenteuren Mehrkosten.

Borken: Phantom-Pendlerparkplatz bleibt autofrei (Nachlese, S. 163)
Der Pendlerparkplatz in Borken wird weiter kaum genutzt, lediglich ein paar Gewerbetreibende parken dort ihre Werbeanhänger. Jetzt soll ein „High-Power Charging-Ladepark mit überdachten Ökostrom-Ladepunkten und einem Snackautomaten" aus der Misere helfen. Dank Bundesförderungen sollen stromtankende Autos den Parkplatz beleben – zwölf Ladepunkte stehen zur Verfügung. Doch wird der Parkplatz damit ausgelastet?
Borken (NRW). Durch einen Pendlerparkplatz sollte die Parkplatznot in der Borkener Innenstadt gelindert werden, im Februar 2020 wurde er eröffnet. Da der Parkplatz recht weit außerhalb der Stadt liegt, sollte ein Shuttle-Service den Weg dorthin erleichtern. Doch der startete spät und wurde nur wenig angenommen. Und so warteten 204 Pkw-Stellplätze, acht Kraftrad- und 50 Fahrradstellplätze auf Nutzer. Kostenpunkt: rund 1,43 Mio. Euro. Davon hat ca. 800.000 Euro die Stadt bezahlt, den Rest das Land Nordrhein-Westfalen. Das Schwarzbuch 2023/2024 hat darüber berichtet. Sämtliche Ideen und Maßnahmen zur Belebung liefen weiter ins Leere, sodass im Sommer 2025 die Situation immer noch nicht besser war. Dass ein paar Betriebe den Parkplatz nutzten, um dort ihre Werbeanhänger abzustellen, kann da nicht als Erfolg gewertet werden. Jetzt wird ein weiterer Versuch mit der Finanzierungshilfe durch ein Förderprogramm gestartet: Der Parkplatz soll mit dem Bau einer Hochleistungsladeinfrastruktur Bestandteil des vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr ausgeschriebenen Projekts „Deutschlandnetz" werden. Der Bund möchte mit diesem Förderprogramm für ein flächendeckendes Schnellladenetz in ganz Deutschland sorgen. Im Mai 2025 starteten die Vorarbeiten für die Einrichtung des „High-Power-Charging-Ladeparks" mit zwölf überdachten Ökostrom-Ladepunkten und einem Snackautomaten. E-Fahrzeuge haben jetzt die Möglichkeit, „in kurzer Zeit mit einer hohen Leistung bis zu 400 kWh aufzuladen – ein wichtiges Angebot nahe der Bundesstraße B67 insbesondere für Pendlerinnen und Pendler sowie Durchreisende und auch für die Bewohnerinnen und Bewohner der nahegelegenen Wohngebiete, die keine eigene Lademöglichkeit haben", so die Stadt Borken im Juni 2025 auf Anfrage des Bundes der Steuerzahler. Gebaut und betrieben wird das Angebot von der Projektgesellschaft EWE Go HOCHTIEF Ladepartner GmbH & Co. KG. Sie zahlt der Stadt Borken eine Pacht für die Fläche – über die Höhe schweigt die Stadt jedoch. Aber sie muss dem Land 100.000 Euro Förderung zurückzahlen – und schrieb dem BdSt: „Die Umnutzung wirkt sich wirtschaftlich aber nicht negativ aus." Auf welchen Zeitraum sich die Stadt dabei bezieht, sagt sie allerdings nicht. Es muss sich zeigen, ob künftig im besten Fall zwölf der heute mehr als 200 Plätze regelmäßig belegt sein werden. Mit einer guten Auslastung des Parkplatzes durch Pendler und Innenstadtbesucher scheint jedenfalls niemand mehr zu rechnen.
DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT
Die Stadt Borken hat beim Bau des Parkplatzes den Bedarf an dieser Stelle falsch eingeschätzt. Sämtliche Ideen zur Belebung sind bisher ins Leere gelaufen. Und selbst wenn künftig zwölf Autos gleichzeitig Strom laden, bleiben immer noch sehr viele mit Steuergeld errichtete Parkplätze leer.

Sperrfrist 30.09.2025, 11 Uhr

Köln: Herrenhaus im Dornröschenschlaf (exklusiv auf www.schwarzbuch.de)
Für mehr als 800.000 Euro hat die Stadt Köln den Thurner Hof in Köln Dellbrück seit 2008 saniert. Nach Abschluss der Arbeiten möchten Vereine, Bürger und die Volkshochschule das historische Herrenhaus gerne wieder wie früher nutzen. Doch eine Wiedereröffnung scheint fraglich. Die Erklärungen der Stadt Köln sind voller Ungereimtheiten und Widersprüche. Der BdSt hat sich auf Spurensuche begeben und offene Fragen auf den Punkt gebracht.
Köln (NRW). Der Thurner Hof, ein ehemaliger Rittersitz, gehört seit Anfang des 20. Jahrhunderts der Stadt Köln. Das dazugehörige Herrenhaus wurde bis Anfang der 2000er Jahre von der Volkshochschule (VHS) Köln und von örtlichen Vereinen genutzt. 2003 wurde der Thurner Hof leergeräumt, ein erheblicher Sanierungsbedarf war festgestellt worden. 2008 startete die Sanierung mit dem Arbeitslosenprojekt „Win-Win für Köln“ und sollte eigentlich 2015 abgeschlossen sein. Doch die Fertigstellung verzögerte sich. Jahr für Jahr kündigte die Verwaltung das Ende der Arbeiten an. Und wann waren die Arbeiten nun abgeschlossen? Schon hier verstrickt sich die Stadt in Widersprüche. Erst 2022 seien die Sanierungsarbeiten abgeschlossen worden, erklärte die Stadt dem BdSt. Seltsam! Denn eine Antwort an die SPD-Fraktion vom August 2021 lautete: „Die Sanierungsarbeiten im Thurner Hof über das Programm „Win-Win für Köln“ sind bereits seit einiger Zeit abgeschlossen. Zuletzt fehlt nun noch die Aufschaltung einer Brandmeldeanlage, die eine Abstimmung zwischen den Leitungsträgern voraussetzt. (…) Nach derzeitigem Stand ist mit der Übergabe im Spätsommer/Herbst 2021 zu rechnen.“ Im November 2024 erklärte die Stadt dem BdSt: „Wegen einer für den zukünftig beabsichtigten Zweck fehlenden Baugenehmigung kann das Gebäude aktuell nicht genutzt werden. […] Wann der Thurner Hof mit Blick auf den zukünftig beabsichtigten Zweck wieder genutzt werden kann, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar zu benennen.“ Hier tut sich also eine neue Frage auf. Schwer nachzuvollziehen, warum nach mehr als 20 Jahren das inzwischen sanierte Herrenhaus immer noch nicht eröffnet worden ist. Warum stehen die Bürger am Thurner Hof immer noch vor verschlossenen Türen? Der BdSt hakte weiter nach. In der Antwort vom Dezember 2024 wurden die Probleme der Stadt deutlicher: „Die Baugenehmigung aus den 1970er Jahren deckt sich nicht mit dem heutigen baulichen Zustand. Es sind bauliche Veränderungen vorgenommen worden und diese Veränderungen bestanden bereits vor der Sanierung im Rahmen des Projekts „Win-Win für Köln“. Die Stadtverwaltung prüft zurzeit eine mögliche Nutzung des Gebäudes durch die Volkshochschule, alternativ anderweitige Nutzungen und leitet die Schritte zur Klärung der bauordnungsrechtlichen Zulässigkeit dessen derzeit in die Wege. Die zukünftige Nutzung steht noch nicht final fest, zumal sich zwischenzeitlich die von der Volkshochschule zu beachtenden Anforderungen geändert haben. Beispielsweise sind Kurse und Veranstaltungen in der Regel inklusiv, das heißt, sie werden auch von mobilitätseingeschränkten Menschen genutzt“, so die Stadt Köln. Zeichnet sich nun also ein gutes Ende ab? Leider nein! Denn im Juni 2025 schrieb die Stadt dem BdSt, dass sich der bisherige Plan, den gesamten Thurner Hof durch die VHS als Ort der Umweltbildung zu nutzen, wegen fehlender Barrierefreiheit und finanziell nicht realisieren lasse. Die Verwaltung prüfe daher alternative Nutzungen sowie eine Vermarktung des Objekts. Dabei hieß es doch im August 2021 in einer Antwort der Verwaltung, dass die VHS ein erstes inhaltliches Konzept erarbeitet habe und die Flächen im Erdgeschoss des Gebäudes als Unterrichtsräume geeignet seien.
DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT
Viele offene Fragen: Um welche baulichen Veränderungen es sich handelt, warum sie nicht früher aufgefallen sind und jetzt erst zu einem Problem werden, erklärt die Stadt bislang nicht. Beim Thurner Hof scheint zu Lasten der Steuerzahler vieles schiefgelaufen zu sein.

Mettmann: Ein Interim fürs Interim (Teure Fehler, S. 108)
Die Stadt Mettmann benötigt eine neue Feuerwache. Bei dem ehemaligen Autohaus, das die Stadt als Interim nutzen will, wurde allerdings vorab die Bausubstanz nicht ausreichend geprüft. Nun sind umfangreichere Umbauten nötig als ursprünglich angenommen. Und die Stadt musste in der Zwischenzeit ein zusätzliches Interim anmieten. Damit mietet die Stadt für das Interim ein weiteres Interim.
Mettmann (NRW). Als ein ehemaliges Autohaus in Mettmann zum Verkauf stand, sah die Stadt eine gute Gelegenheit und kaufte es im Jahr 2021 über die städtische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (GfW) „zum Zweck der Ansiedlung von Gewerbebetrieben“, so die Stadt im Dezember 2024 gegenüber dem Bund der Steuerzahler. Die GfW hat ihren Sitz im Rathaus, die Geschäftsführung besteht unter anderen aus der Bürgermeisterin und der Kämmerin. Zum Kaufpreis des Gebäudes könne die Kommune keine Aussage treffen, sagte die Stadt. Einen Grund nennt sie nicht. Im Raum stehen 3,5 Mio. Euro. Zunächst stand das Gebäude des ehemaligen Autohauses leer. Ebenfalls 2021

erstellte der Kreis Mettmann einen neuen Rettungsdienstbedarfsplan für die Stadt Mettmann, der einen Ausbau der Kapazitäten innerhalb von 24 Monaten verfügte. Da der Bau der neuen Feuer- und Rettungswache allerdings länger dauern wird, entschied die Stadt im September 2022, das ehemalige Autohaus als Interims-Wache zu nutzen. Dafür zahlt sie der GfW, also ihrer Tochtergesellschaft, monatlich 15.000 Euro Miete. Laut Ratsvorlage vom September 2022 wurden für das ehemalige Autohaus Umbaukosten in Höhe von rund 2,3 Mio. Euro geschätzt, inkl. „Risikopositionen für Preissteigerungen und Anderes“. Und dabei hat sich die Stadt erheblich verschätzt. Das zeigte sich bereits 2024: Im Mai wurde eine Kostenberechnung erstellt, die 2,6 Mio. Euro ermittelte. Die Kostenexplosion auf zusätzliche 2,8 Mio. Euro bereits im November 2024 offenbart nach Ansicht des BdSt gravierende Planungsfehler der Stadtverwaltung. Die Begründung der Mehrkosten gegenüber dem Rat zeigt weder solide Planung noch eine angemessene Standortprüfung. So konnten die notwendigen Umbauarbeiten im ehemaligen Autohaus-Gebäude nicht durchgeführt werden, weil die Interims-Wache inzwischen als Ausweichstandort für Fahrzeuge und Material diente. Konsequenz: Es musste ein Interims-Lager geschaffen werden. Seit September 2024 mietet das Gebäudemanagement dafür eine Halle für monatlich 5.355 Euro. Aber auch die Fertigstellung des Autohausumbaus verzögert sich bis September 2025, denn es wurden während der Planungsphase zwischen Mai und November 2024 erhebliche bauliche Mängel festgestellt: So sind die Grundleitungen mangelhaft, sodass es zu Problemen beim Wasserabfluss kommen kann, der Hallenboden ist nicht tragfähig, die Fußbodenheizung defekt (und soll auch nicht repariert werden). Zudem weisen die Außenwände eine unzureichende Dämmung auf, ein Außensonnenschutz fehlt komplett und der Schallschutz entspricht nicht den Anforderungen. Diese Baumängel führen zu zusätzlichen Kosten und zu der Verzögerung. So drängt sich die Frage auf, ob die Stadt das alles nicht vorher hätte prüfen müssen. In ihrer Antwort vom Dezember 2024 schrieb sie dem BdSt: „Die zum damaligen Zeitpunkt handelnden Personen haben nach bestem Wissen und Gewissen und in Ermangelung ausreichender Ressourcen, die aus ihrer Sicht relevanten Regelungen beachtet und über die aus ihrer Sicht relevanten Kosten informiert.“ Die erwähnten „handelnden Personen“ waren also „stets bemüht“. Praktisch für die Stadt ist jedoch, dass sie die Kosten für Miete, Umbau und Lager nur zu 22 Prozent tragen muss, 78 Prozent übernehmen andere. Laut Informationsvorlage für die Ratsentscheidung im September 2022 sind das die Krankenkassen. Aber auch deren Geld fällt nicht vom Himmel, sondern kommt aus dem Geldbeutel ihrer Versicherten. Und die dürfen seit 2025 ohnehin deutlich höhere Beiträge bezahlen.

DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT

Die Stadt Mettmann hat nur mangelhaft geprüft, ob das alte Autohaus als Interimswache geeignet ist. Nun sind die Kosten dafür explodiert. Die Steuerzahler und Beitragszahler der Krankenkassen müssen nun die teure Zeche zahlen.

Monheim am Rhein: Eine Pyramide auf die Pyramide (Verschwendung droht, S. 144)

Eine auf den Kopf gestellte Pyramide auf einer vorhandenen „Pyramide“ – nicht in Ägypten, sondern in Nordrhein-Westfalen. Monheim am Rhein baut ein weiteres „Denkmal der Steuergeldverschwendung“: 50 Mio. Euro ohne Ausschreibung. Kritik kommt von allen Seiten: Landrat, Bürger, Opposition, Architekt und vom Denkmalschutz. Doch die Stadt ist dagegen resistent und schafft inzwischen Fakten.

Monheim am Rhein (NRW). „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert“ – die Stadt Monheim am Rhein füllt den bekannten Spruch mit Leben und fällt seit Jahren durch extravagante Projekte auf, mit denen sie sich beispiellos verschuldet hat. Nun schlägt sie ein neues Kapitel auf. Vor gut 35 Jahren entwarf und baute der Architekt Horst Schmitges eine „Pyramide“, wobei sie keine herkömmliche Pyramide ist, sondern wegen ihrer besonderen Form so genannt wird. Es handelt sich um das frühere Betriebsgebäude eines Unternehmens für Arzneimittel. Der renommierte Künstler Heinz Mack beteiligte sich seinerzeit an dem Prozess. Deshalb wird die Pyramide häufig auch als „Mack-Pyramide“ bezeichnet. Das Gebäude gehört mittlerweile der Stadt und soll jetzt nicht nur saniert, sondern auch architektonisch ergänzt werden. Der Entwurf dazu stammt von zwei Studierenden und sieht vor, dass auf die vorhandene Pyramide eine neue, spiegelverkehrte Pyramide gesetzt wird, sodass sich die Spitzen berühren. Die Stadt begründet ihr Vorhaben auf ihrer Website: „In den neu hinzugewonnenen Ausstellungsräumen im Erweiterungsbau sowie in der sanierten alten Pyramide wird künftig nicht nur zeitgenössische Kunst zu erleben sein, sondern es werden auch Lager- und Ausstellungsflächen für private Kunstsammlungen, gemeinnützige Stiftungen und Erben von Künstler-Nachlässen bereitgestellt.“ Den neuen Bau will sich die Stadt eine Stange Geld kosten lassen: rund 50 Mio. Euro! Die Stadt propagiert auf ihrer Website auch: „Entgegen aller Unkenrufe wird sich diese Nutzung wirtschaftlich rechnen.“ Aus Sicht des BdSt ist dies sehr zweifelhaft. Allein die Betriebskosten drohen zum dicken Minusgeschäft zu werden. Angesichts der extremen Verschuldung der Stadt ist dieses Vorhaben vielen Bürgern und den Oppositionsparteien zu teuer. Doch sie sind nicht die einzigen Kritiker der neuen Pyramide, denn die Vergabe für den Auftrag war höchst problematisch. Und das kann noch

teuer werden. Im Juli 2024 hat die Mehrheit im Stadtrat nämlich beschlossen, die art hub KG zu gründen und am 30.10.2024 erklärt, dass das neue städtische Unternehmen die „Mack-Pyramide“ der Stadt abkaufen soll. Ein Schweizer Unternehmen, das schon vorher für die Stadt arbeitete, sollte mit dem Bau beauftragt werden – ohne Ausschreibung. Wohlgemerkt: für ein 50-Mio.-Euro-Projekt! Die Kommunalaufsicht hielt dieses Vorgehen für rechtswidrig, der Landrat wies den Bürgermeister an, den Beschluss gegenüber dem Rat der Stadt zu beanstanden. Dieser verweigerte aber die Befolgung der Anweisung, da er die Rechtsauffassung der Stadt für korrekt hielt. Daraufhin stellte das nordrhein-westfälische Kommunalministerium auf Nachfrage des Bundes der Steuerzahler am 9.5.2025 klar: „Ein Bürgermeister ist […] dazu verpflichtet, der Weisung der zuständigen Aufsichtsbehörde, einen Beschluss des Rates zu beanstanden, nachzukommen. Ein eigener Entscheidungsspielraum steht ihm dabei nicht zu. […] Auf seine eigene Einschätzung zur Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit des Beschlusses kommt es dabei nicht an.“ Der Landrat blieb – auch nach juristischem Austausch mit einer Kanzlei der Stadt Monheim – bei seiner Einschätzung, beanstandete persönlich den Beschluss und wies im Mai 2025 den Rat an, neu zu entscheiden. Daraufhin stimmte im Juli 2025 der Bürgermeister mit seiner Mehrheitsfraktion im Rat dafür, diesen Tagesordnungspunkt der Ratssitzung zu streichen. Nun steht ein teurer Rechtsstreit im Raum. Ein weiteres Ungemach: Während der Künstler Heinz Mack die neue Pyramide begrüßt, lehnt der Architekt Horst Schmitges sie ab. Er beansprucht den Entwurf der Pyramide für sich, habe alle Pläne unterschrieben und droht mit einem Rechtsstreit um seine Urheberschaft, die er durch die Veränderungen verletzt sieht. Auch dieser Streit könnte für die Stadt zusätzlich kostspielig werden. All diese Einwände und Ungewissheiten haben die Verantwortlichen in Monheim nicht daran gehindert, mit den Arbeiten im Umfeld der Pyramide zu beginnen. Schließlich soll am 8.3.2026, dem 95. Geburtstag von Heinz Mack, das Richtfest gefeiert werden.
DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT
Monheim will 50 Mio. Euro für einen Prestigebau ausgeben. Ohne Ausschreibung, nach der Beanstandung durch den Landrat, mit fragwürdigem Beschluss und mit einer ungeklärten Urheberschaft! Auf dieser Basis zu starten, heißt, auf Sand zu bauen – und teuer zu bauen.

Monheim am Rhein. Noch einmal 30 Mio. Euro mehr (Nachlese, S. 161)
Die 43.000-Einwohner-Stadt Monheim am Rhein baut in einer ehemaligen Fassabfüllhalle eine Veranstaltungshalle für 4.800 Besucher. Damit möchte die Stadt kulturell den Nachbarstädten die Stirn bieten. Doch die Kosten für den grenzenlosen Optimismus werden immer höher und damit das Desaster für die Steuerzahler immer größer.
Monheim am Rhein (NRW). Mit dem Umbau einer Fassabfüllhalle zu einer Veranstaltungshalle schaffte es die Stadt bereits ins Schwarzbuch 2023/24. Die Dimension der Halle wird der einer Metropole gerecht, doch die Kostensteigerungen reißen nicht ab. Noch 2016 hatte die Verwaltung die Kosten für den Umbau zu einer Veranstaltungshalle auf 28 Mio. Euro geschätzt, ohne Gebäudeerwerb und Erbbauzins. Für Stellplätze setzte die Stadt je nach Variante Investitionskosten zwischen einer und drei Mio. Euro an. 2018 war klar, dass die „Kulturraffinerie K714“ genannte Halle nicht nur Karnevalisten beheimaten sollte, sondern auch Platz für Tagungen und Veranstaltungen bieten soll. Statt Stellplätzen sollte jetzt ein Parkhaus gebaut werden. Das Parkhaus steht bereits und ist laut der Website der Monheimer Kulturwerke „eines der größten und modernsten Premium-Parkhäuser, die es in Europa gibt“. Erst im März 2020 wurde für die Veranstaltungshalle ein Entwurfskonzept verabschiedet, das eine Investition in Höhe von 74 Mio. Euro vorsah. Für die nun geplanten bis zu 4.800 Besucher waren auch zusätzliche Verkehrsmaßnahmen notwendig. Im März 2023 stimmte der Rat weiteren Millionen zu, insgesamt gewaltigen 126,5 Mio. Euro. Laut der Ratsvorlage waren u. a. politische und wirtschaftliche Einflüsse für die Mehrkosten verantwortlich – sie hätten zu einem höheren Baupreisindex geführt. Zudem hätten die Pandemie und das Ahr-Hochwasser 2021 die Bauzeit verlängert. Aber bereits 2024 reichten selbst die 126,5 Mio. Euro nicht mehr, im Dezember 2024 musste der Rat noch einmal weiteren 30 Mio. Euro zustimmen. Nun soll die Halle also sagenhafte 156 Mio. Euro kosten. Begründet werden diese Mehrkosten in der Ratsvorlage mit „erheblichen Kostensteigerungen bei der Ausführung der Planung, die in sehr hohen Preissteigerungen, unerwarteten baulichen Schäden am Bestand […] und in den Planungen der technischen Spezialbauteile begründet sind. […] Weiterer Kostentreiber ist […] die zum Teil fehlende Wettbewerbslage für Spezialeinbauten […] gewesen. Beeinflusst durch das europäische Vergaberecht mussten zum Teil Leistungen und Material unwirtschaftlich eingekauft werden und die Durchsetzung eines Ausschlusses war nicht möglich“. Doch dass das europäische Vergaberecht auch in Monheim gilt, sollte aus Sicht des Bundes der Steuerzahler eigentlich vorher bekannt gewesen sein. So entwickelt sich das Projekt für den Steuerzahler zu einem Fass ohne Boden.

Sperrfrist 30.09.2025, 11 Uhr

DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT
Die ehemalige Fassabfüllhalle wird zum Fass ohne Boden. Die Stadt hat die Kosten für das Mega-Projekt nicht im Griff. Die Steuerzahler werden dafür über sehr viele Jahre die Kredite abbezahlen und für die Folgekosten aufkommen müssen.

Münster: Teurer Wohlfühltunnel (Verschwendung droht, S. 149)
Die Stadt Münster will einen verwahrlosten Tunnel am Hauptbahnhof mit Waldatmosphäre und künstlichem Vogelgezwitscher zu einem Wohlfühlort machen. Das geht mit einem schlichteren Konzept wie beispielsweise in Bochum sicher genauso gut und schont die städtischen Finanzen.
Münster (NRW). 2017 wurde der Hauptbahnhof in Münster renoviert. Hell, sehr modern, viel Glas. Der Hamburger Tunnel, direkt neben dem Hauptbahnhof, macht keine so gute Figur. Vor Ort zeigt sich ein wild plakatierter und vor allem schmutziger Tunnel, der die Innenstadt mit dem östlichen Stadtkern verbindet. Fußgänger und Radfahrer würden den Tunnel als Angstraum wahrnehmen, so die Stadt Münster. Deshalb möchte sie den Tunnel nun attraktiv und sicher machen. Der Sieger eines Gestaltungswettbewerbs von 2022 bis 2023 will dafür im Tunnel Waldatmosphäre erzeugen. Er schlägt dafür bedruckte, mehrschichtige Glasplatten an den Tunnelwänden vor, die hinterleuchtet werden. Hinzu kommt eine akustische Untermalung mit Waldgeräuschen. Zudem sollen breite Fahrradwege und ein abgetrennter Gehweg für Sicherheit und Komfort sorgen. Außerdem bleibe der Tunnel autofrei, so die Stadt Münster. Nach einer ersten Kostenschätzung soll dieser Wohlfühltunnel etwa 2,9 Mio. Euro kosten, zuzüglich der Planungshonorare. Finanziert werden sollen der Tunnel und die Umgestaltung der angrenzenden Platz bzw. Straßenflächen mit Fördermitteln des Landes NRW, das bereits eine Zusage gegeben hat: 60 Prozent der Kosten übernimmt das Land und 40 Prozent die Stadt Münster. Die Bahn beteiligt sich voraussichtlich nicht, da es sich laut Stadt bei der unteren Tunnelebene um eine öffentliche Verkehrsfläche handele. Die Folgekosten der Tunnelneugestaltung würden erst in einer späteren Planungsphase konkretisiert. Die Stadt gehe aber davon aus, dass durch die Aufwertung des Tunnels auch der Vandalismus zurückgehen werde. Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Schritte zur Umsetzung des Siegerentwurfes einzuleiten. Dabei müsste Münster dringend sparen, denn die Stadt schafft seit 2014 keinen strukturellen Haushaltsausgleich mehr. So drohen bis Ende 2027 teils erhebliche Defizite. Die Ausgleichsrücklage wird vermutlich ab 2026 aufgebraucht sein, die Verschuldung wird sich von rund 1,32 Mrd. Euro Anfang 2024 bis Ende 2025 voraussichtlich auf rund 1,7 Mrd. Euro erhöhen. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage hat die Verwaltung zugesagt, eine zweite, kostengünstigere Umgestaltungsvariante für den Hamburger Tunnel zu entwickeln und einen Kostenvergleich zu ermöglichen. Mit dieser zusätzlichen Variante wird sich der Rat in der nächsten Ratsperiode befassen. Eine Entscheidung ist in der ersten Jahreshälfte 2026 zu erwarten. Dabei könnte Münster sich ein Beispiel an Bochum nehmen. Dort werden sanierungsbedürftige Unterführungen gereinigt, gestrichen und mit einer neuen, ansprechenden Beleuchtung ausgestattet. Der eigentliche Clou dabei ist: Graffiti-Künstlerinnen und -Künstler aus dem gesamten Bundesgebiet verwandeln die Tunnelwände in eine Freiluftgalerie für urbane Kunst. Die Kosten belaufen sich auf bis zu 30.000 Euro pro Unterführung, so die Stadt Bochum.
DER BUND DER STEUERZAHLER FORDERT
… von der Stadt Münster, die Tunnelumgestaltung auf das Notwendige und Zweckmäßige zu reduzieren, um die Kosten so gering wie möglich zu halten. Zu hoffen ist, dass die Stadt den Tunnelblick vermeidet und nicht nur ihre, sondern auch die angespannte Haushaltslage des Landes im Blick hat.

Nettetal: Nettetal favorisiert „Nice-to-have“ (Kostenexplosion, S. 100)
In Nettetal wird die Werner-Jaeger-Halle saniert. Sie wurde vorher für Kulturveranstaltungen und als Schulaula für ein benachbartes Gymnasium genutzt, künftig sollen auch (Kunst-/Schul) Ausstellungen und kleinere Veranstaltungen im vergrößerten Foyer möglich sein. Doch das dauert länger und wird viel teurer als geplant.
Nettetal (NRW). Bereits seit den 2010er-Jahren gab es Überlegungen, die Werner-Jaeger-Halle in Nettetal zu sanieren, eine „zusammenfassende Gesamtbetrachtung“ stammt aus dem Jahr 2014. Zunächst sprach man über das undichte Dach. Bei genauerem Hinsehen stellte man aber fest, dass auch der vorbeugende Brandschutz den damaligen Vorgaben nicht mehr genügte. Anschließend erwog man die Sanierung der gesamten tragenden Dachkonstruktion und eine Verbesserung der Gebäudeenergetik. Außerdem sollten jetzt die technischen Anlagen aufgewertet und die Theatersaalgestaltung „ertüchtigt“ werden. Für den Hinterkopf: NetteKultur bietet laut Homepage jede Saison mehr als 30 Veranstaltungen an, wobei in der letzten Spielzeit die Plätze der Werner-Jaeger-Halle durchschnittlich zu gut 50 Prozent belegt waren. Eine erste Kostenschätzung prognostizierte fünf Mio. Euro für die Sanierung – mit dem Hinweis „mindestens“. Es wurden aber auch weitere Optionen wie Abriss und Neubau in Betracht gezogen. Es dauerte bis 2017, bis der endgültige Entschluss zum Erhalt und

zur Sanierung der Halle fiel. Dann folgten weitere Erkenntnisse zur Schadstoffbelastung, sodass die Stadt 2019 eine Komplettsanierung beschloss. 2021 wurde klar, dass die Sanierung der Halle nicht wie geplant 2023 abgeschlossen werden würde. Die Coronapandemie, neue unvorhergesehene Schadstofffunde und mehrfache Ausschreibungen hatten den Terminplan durcheinandergebracht. Aber nicht nur das. Auch die Kostenprognose belief sich jetzt auf rund 12,5 Mio. Euro – und dieser Betrag beinhaltete noch nicht die Entscheidung zur Umstellung des Heizungssystems und nicht die Anpassungen der Entwurfsplanung aus dem Jahr 2022. Mit dem vollkommen entkernten Gebäude waren nämlich viele neue Begehrlichkeiten aufgekommen. So wird nun die technische Gebäudeausstattung komplett erneuert; u. a. werden ein hydraulischer Hubboden, ein Lastenaufzug und Beleuchtungsbrücken oberhalb des Saals/ Bühnenhauses eingebaut. Wegen der Beleuchtungsbrücken steigen jedoch die Anforderungen des Arbeitsschutzes. Deshalb wird das Gebäude durch eine Erweiterung des Foyers nicht nur größer, konkret wird es auch höher. So kann außerdem die Technik besser untergebracht werden, für die Barrierefreiheit werden eine Rampe und ein Personenaufzug gebaut und zuletzt werden der Theatersaal, das Foyer und alle anderen öffentlich zugänglichen Bereiche (Garderobe, Toilette etc.) sowie der komplette Backstage-Bereich neu eingerichtet. Die Fertigstellung ist für die erste Jahreshälfte 2026 geplant. Damit steigt die Kostenprognose für den Umbau auf 25 Mio. Euro – sehr viel Geld, vor allem wenn man berücksichtigt, dass die während der Bauphase alternativ genutzten Räume aus Sicht so mancher Nettetaler in jeder Hinsicht gut funktionieren und ausreichend sind. Deren Kosten übrigens sind zum Teil noch gar nicht eingerechnet.
DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT
Es ist richtig und notwendig, dass Kommunen ihre Immobilien in Schuss halten. In Nettetal fallen jedoch vor allem die Begehrlichkeiten ins Auge, denn wenn aus fünf Mio. Euro kalkulierten Kosten 25 Mio. Euro werden, dann wurde scheinbar Nice-to-have zum Maßstab.

NRW: Aus eins mach zwei (Teure Diener, S. 61)
Der NRW-Landtag hat im Februar 2025 beschlossen, das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) aufzuspalten und stattdessen zwei neue Behörden zu schaffen. Statt die Verwaltung zu verschlanken, drohen hohe Zusatzkosten und mehr Bürokratie.
NRW (NRW). Seit 2007 gibt es in Nordrhein-Westfalen das LANUV, das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz. Es sollte Synergien schaffen und Kosten senken. Stattdessen stiegen die Personalzahlen bis 2023 um fast 80 Prozent – und die Gesamtausgaben haben sich vervierfacht. Jetzt hat die Landesregierung das LANUV aufgeteilt und ein Landesamt für Verbraucherschutz und Ernährung (LAVE) und ein Landesamt für Natur, Umwelt und Klima (LANUK) geschaffen. Dies bedeutet: neue Stellen, doppelte Leitungsstrukturen, mehr Verwaltungskosten. Schon für das Jahr 2025 sind 1,4 Mio. Euro Mehrkosten und 15 neue Planstellen vorgesehen. Langfristig drohen die Kosten deutlich zu steigen – von schlanker, kostengünstiger und bürokratiearmer Verwaltung keine Spur.
DER BUND DER STEUERZAHLER FORDERT
Strukturreformen sollten eine effizientere Verwaltung schaffen und keine unnötige Bürokratie aufbauen. Spätestens nach der nächsten Landtagswahl sollte die Landesregierung daher die beiden Ministerien für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und das aufgespaltene Landesamt wieder zusammenlegen.

Remscheid: Vorsicht mit der Abrissbirne (Verschwendung droht, S.152)
Bei der Sanierung der JVA Remscheid droht Vernichtung von Steuergeld. Seit der Jahrtausendwende sind dort mehr als 40 Mio. Euro in die Sanierung oder den Neubau von Gebäuden oder Gebäudeteilen geflossen. Diese Investitionen dürfen nicht umsonst gewesen sein.
Remscheid (NRW). Im September 2024 verkündete das Land NRW, dass die JVA Remscheid umfassend saniert werden soll. Das Justizministerium NRW begründete auf Anfrage des Bundes der Steuerzahler NRW die umfassende Erneuerung mit dem dringenden Sanierungsbedarf der Anstalt, der einen weiteren Betrieb in absehbarer Zeit nicht mehr zulasse. Zudem bestehe in Nordrhein-Westfalen dringender Bedarf, kurzfristig weitere Unterbringungsplätze in der Sicherungsverwahrung bereitzustellen, was in der JVA Remscheid möglich sei. Um eine beschleunigte und kostengünstige Ausführung der Bauarbeiten zu gewährleisten, sei geplant, die alte Anstalt komplett zu räumen. Die Entscheidung zur umfassenden Erneuerung der JVA Remscheid sei unmittelbar vor der Information der Öffentlichkeit bzw. der Belegschaft im September 2024 getroffen worden, so das Justizministerium weiter. Die JVA Remscheid gibt es seit 1906. In den vergangenen Jahren sind Gebäude und Gebäudeteile auf dem Gelände der JVA neu gebaut oder saniert worden. So wurden laut Justizministerium NRW 2004 das Haus 6 im offenen Vollzug, 2006 die Jugendarrestanstalt, 2007 die Wirtschaftsgebäude (Küche, Kammer, Lazarett) im geschlossenen Vollzug sowie 2009 ein Gebäude mit den neuen Werkhallen (Schlosserei, Schreinerei, Schneiderei) im geschlossenen Vollzug saniert oder neu gebaut. Eigentümer der JVA Remscheid ist der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes NRW. Auf Anfrage des

Bundes der Steuerzahler NRW teilte der BLB im Januar 2025 mit, dass seit der Jahrtausendwende rund 38 Mio. Euro in Instandhaltung und Neubauten in der JVA geflossen sind. Im Juni 2025 stellte sich bei einer weiteren Antwort des BLB heraus, dass noch mehr Geld in Instandsetzungen geflossen ist. So wurde im Jahr 2022 der Hallenboden einer Sporthalle für 200.000 Euro und im Jahr 2023 der Besucherbereich für 470.000 Euro saniert. 2024 wurden für 70.000 Euro eine Zaunanlage beim offenen Vollzug und eine Zugangsschleuse für 1,5 Mio. Euro erneuert. Hinzu kommen 1,2 Mio. Euro für eine Machbarkeitsstudie und vorbereitende Untersuchungen für ein neues Pfortengebäude. „Die Maßnahmen, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten in der JVA Remscheid durchgeführt wurden, waren notwendig für die Aufrechterhaltung des Betriebs und liegen angesichts der Größe und des Alters der Liegenschaft sowie der besonderen Sicherheitsanforderungen in einer überschaubaren Höhe“, so der BLB. Werden all diese Investitionen bei einer kompletten Neusanierung der JVA Remscheid nun vernichtet? Justizministerium und BLB antworteten dem BdSt NRW bislang ausweichend: Der Zeithorizont für den Start einer Sanierung sei noch offen. Die Entscheidung, ob und welche Gebäude bzw. Gebäudeteile zu sanieren oder neu zu errichten sein werden, könne erst im weiteren Planungsverlauf getroffen werden. Hinter den Gefängnismauern macht jedoch die Runde, dass allen Gebäuden der Abriss droht. Der BdSt bleibt also dran und fordert Transparenz ein: Warum soll welches Gebäude saniert bzw. nun schon zum zweiten Mal saniert oder abgerissen werden?
DER BUND DER STEUERZAHLER FORDERT
Vorsicht mit der Abrissbirne! Die JVA Remscheid braucht ein nachhaltiges Sanierungskonzept, bei dem neu gebaute oder bereits sanierte Gebäude oder Gebäudeteile möglichst erhalten bleiben, sonst droht Vernichtung von Steuergeld.

Rheda-Wiedenbrück: Zwei Ampeln 20 Meter nebeneinander (Richtig skurril!, S. 79)
Weil Rheda-Wiedenbrück sich einen Radweg fördern lassen wollte, stehen zwei Ampeln im Abstand von gerade einmal 20 Metern am Straßenrand. So sehen es die Bürger. Für die Stadt ist es eine Ampelfurt, eine „Lichtsignalanlage mit vier Signalgebern“.
Rheda-Wiedenbrück (NRW). Entlang einer alten Bahntrasse wollte die Stadt Rheda-Wiedenbrück einen Fahrradweg bauen, der über die Pixeler Straße verläuft. 20 Meter neben dem geplanten Radweg befindet sich eine Querungsinsel, mit der man sicher über die Straße kommt. 2016 beantragte die Stadt über das Förderprogramm „Nahmobilität“ Mittel für den Bau eines Radweges. Als Fördervoraussetzung wollte die Bezirksregierung Detmold, dass die Radfahrer sicher über die Straße kommen. Der Plan der Stadt sah daher zunächst vor, Geländer aufzustellen, um die Radfahrer zu einer vorhandenen Querungsinsel zu leiten. Dies hätte für Radfahrer einen Umweg von gerade einmal 20 Metern pro Richtung bedeutet. Das wollte die Bezirksregierung aber nicht. Daraufhin favorisierte die Stadt eine Verlängerung der Querungshilfe hin zur Radüberquerung. Das lehnte als Baulastträger jetzt der Landesbetrieb Straßen.NRW ab. Trotz dieser offenen Frage baute die Stadt erst einmal den Radweg.
Die Bezirksregierung hatte die Projektförderung aber weiter daran gebunden, dass Radfahrer und Fußgänger im Verlauf des Radweges die Landstraße sicher überqueren können. An der Entscheidungsfindung, wie diese geforderte sichere Überquerung aussehen soll, waren schließlich sagenhafte sieben Behörden beteiligt: die Verkehrsbehörde der Bezirksregierung, die Verkehrsbehörde des Kreises Gütersloh, die Verkehrsbehörde der Stadt, die Kreispolizeibehörde, der Baulastträger (also der Landesbetrieb Straßen.NRW), der Baulastträger Stadt Rheda-Wiedenbrück und die Planungsabteilung der Stadt Rheda-Wiedenbrück – die die Gefahrenlage auch noch unterschiedlich bewerten. Als Ergebnis der Abstimmungen stehen nun aus Sicht der Bürger zwei Ampeln an der Straße – gerade einmal im Abstand von lediglich 20 Metern voneinander. Die Stadt aber sieht hier nur eine synchron geschaltete Ampelanlage, denn: „Die Irritation […] basiert darauf, dass der Querungsbereich nicht die übliche Länge von ca. 4 m, sondern eine Furt von 20 m zw. der gradlinigen Verbindung des Radweges und der vorh. Verkehrsinsel hat“, so die Stadt auf Anfrage des Bundes der Steuerzahler im Juni 2025. Die Stadt sagt also: Die zwei Ampeln sind eigentlich nur eine. Außerdem teilt sie in der Antwort mit, dass die Mehrheit der beteiligten Behörden die Notwendigkeit der Lichtsignalanlage bezweifelte, auch die Gefahrenlage hätten sie sehr unterschiedlich eingestuft. So habe die Bezirksregierung Detmold eine sichere Querung nur mit einer Lichtsignalanlage als erreichbar betrachtet. Da die Verwaltung als Zuwendungsempfänger in Abhängigkeit zur Förderbehörde, also zur Bezirksregierung, stehe, habe die Stadt die Lichtsignalanlage politisch beschlossen. Die Bezirksregierung schreibt am 14.5.2025 jedoch dem BdSt auf Nachfrage, „dass für die Förderung die Verkehrssicherheit die Radfahrerquerung gewährleistet werden sein müsse. Dafür sind grundsätzlich verschiedene Varianten denk- und umsetzbar. Eine konkrete Variante wurde von der Bezirksregierung nicht gefordert.“
Nachdem die Ampeln endlich aufgestellt waren, fiel jedenfalls auf, dass die Lichtsignalgeber falsch waren. Bei der Bestellung hatte sich die Stadt nicht ausreichend mit anderen Behörden abgestimmt. Denn aus Gründen der Verkehrssicherheit verlangten der Baulastträger und die Verkehrsbehörde des Kreises Gütersloh, dass der Signalgeber über der Fahrbahn (Peitschenmast) montiert

wird. Außerdem sollten statt der nur zwei (gelb/grün) nun drei Signalgeber (rot/gelb/grün) montiert werden. Allein die Nachrüstung kostete fast 14.000 Euro. Apropos Kosten: Die sind für die Stadt anscheinend nicht ganz klar. Am 13.6.2025 bezifferte sie die Kosten gegenüber dem BdSt auf knapp 51.000 Euro, am 25.6.2025 auf knapp 47.000 Euro. Doch damit ist noch nicht Schluss, denn eine Ampel verursacht Folgekosten. Laut Stadt betragen sie erfahrungsgemäß 1.000 bis 1.500 Euro jährlich.
DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT
Ob eine oder zwei Ampeln, die fast nebeneinanderstehen: 40 Meter Umweg sind jedem Radfahrer zuzumuten. Weder Steuergeld noch Folgekosten schienen bei der Investition eine Rolle gespielt zu haben. Hier waren wohl zu viele Köche am Werk. Und jetzt will es keiner gewesen sein.

Selm: Außer Spesen nix gewesen (Teure Fehler, S. 114)
Die Stadt Selm kaufte eine Häuserzeile und kündigte den Mietern. Seitdem im Dezember 2021 die letzten Mieter ausgezogen sind, steht die Häuserzeile leer, kostet Geld und bringt nichts ein. Ein Vertrag mit einem Projektentwickler platzte.
Selm (NRW). In den Jahren 2017/2018 kaufte die Stadt Selm eine Häuserzeile auf der Kreisstraße, einer wichtigen Verkehrsader der Stadt. Die Grundstücke sind insgesamt mehr als 6.500 Quadratmeter groß. Welchen Zweck die Stadt mit dem Kauf verfolgte, kann sie nicht wirklich sagen: Zunächst erklärte sie im Dezember 2024 gegenüber dem Bund der Steuerzahler den Kauf mit einem seinerzeitigen Wohnraumbedarf wegen der damaligen Flüchtlingssituation. Auf Nachfrage des BdSt hieß es: „Der Ankauf erfolgte auch mit der langfristigen Intention, den Bereich zu überplanen." Aus der Höhe des Kaufpreises macht die Stadt allerdings ein Geheimnis – denn mit den privaten Grundstückseigentümern sei Stillschweigen vereinbart worden! Diese fehlende Transparenz stieß jedoch offenbar nicht überall auf Zustimmung. Ein Ratsmitglied kolportierte die Summe von 4,2 Mio. Euro in einer Zeitung; dort wurde auch der damalige Bürgermeister, heute Landrat, zitiert, dass auch kein Wertgutachten vorgelegen habe. Auf die Frage des BdSt im Dezember 2024 an die Stadt nach dem Grund dafür und ob es eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gab, kam die überraschende Antwort: „Aus den Vorgesprächen mit den Grundstückseigentümern ging seinerzeit hervor, dass diese konkrete Preisvorstellungen für den Verkauf ihrer Grundstücke besessen hatten. Insofern war das Erstellen eines Wertgutachtens keine Option gewesen, da es nur Kosten verursacht hätte, die Grundstücke aber, laut Aussage der Grundstücksinhaber, nicht zu dem Wert des Gutachtens verkauft worden wären." Mit anderen Worten: Der reale Wert der Immobilien war für die Stadt offenbar vollkommen unwichtig, relevant waren ausschließlich die Preisvorstellungen der Verkäufer! Der BdSt wertet das als Eingeständnis der Steuergeldverschwendung. Es liegt in der Natur eines Kaufes, dass ein Verkäufer einen möglichst hohen Kaufpreis erzielen und der Käufer einen möglichst niedrigen bezahlen will. Wenn die Verkäufer dieser Immobilien signalisierten, dass sie nicht für die Preise eines Wertgutachtens an die Stadt verkaufen würden, dann ist doch völlig klar, dass ihre Preise oberhalb des tatsächlichen Werts liegen. Dennoch hat die Stadt Selm mit dem Geld der Steuerzahler diese Fantasie-Preise akzeptiert! Und nun wird die Höhe ihrer Verschwendung durch mangelnde Transparenz und durch das fehlende Gutachten verschleiert! 2020 schloss der Rat der Stadt einen Erbbaurechtsvertrag mit einem Projektentwickler. Über 67 Jahre hinweg sollte das Unternehmen einen Erbbauzins zahlen und die Grundstücke neu bebauen. Doch der Entwickler kündigte den Vertrag, bevor die Bauarbeiten begonnen hatten – auch die Gründe dieser Kündigung liegen im Nebel. Im Mai 2025 erklärte die Stadt gegenüber dem BdSt, sie habe zwar Gespräche mit einem neuen Investor geführt, aber erst im Herbst 2025 könne man mehr sagen. Inzwischen gammeln die Häuser vor sich hin, denn nachdem der Grundsatzbeschluss mit dem Projektentwickler gefasst worden war, hat die Stadt allen Mietern gekündigt. Die letzten Mieter zogen Ende 2021 aus. Seitdem stehen die Häuser leer, bringen der Stadt also keine Mieteinnahmen mehr, verursachen aber Instandhaltungs- und Nebenkosten.
DER BUND DER STEUERZAHLER KRITISIERT
Der Kauf einer Häuserzeile ohne klaren Grund zu einem Preis, der den objektiven Wert ignoriert und ausschließlich Verkäuferinteressen berücksichtigt, ist verantwortungslos. Beinahe acht Jahre nach dem Kauf würde der Volksmund sagen: Außer Spesen nix gewesen.

Siegburg: Teures Abstellgleis (Teure Fehler, S. 119)
Anfang 2022 kaufte die Stadt Siegburg von der Deutschen Bundesbahn zwei ausrangierte Bahnwaggons für ein Jugendhilfeprojekt. Im Dezember 2022 waren diese Eisenbahnwaggons von der Ratsmehrheit plötzlich nicht mehr erwünscht. Seitdem versucht die Stadt, die Waggons wieder zu verkaufen – bis Redaktionsschluss erfolglos
Siegburg (NRW). Seit 2022 besitzt Siegburg zwei Eisenbahnwaggons, hat aber keine Verwendung dafür. Ursprünglich waren die Waggons für ein offenes Jugendhilfeangebot im Siegburger Stadtteil Brückberg vorgesehen. Für den Ankauf, Transport und die standsichere Aufstellung der Waggons auf einem Bolzplatz in Brückberg waren insgesamt 150.000 Euro im Siegburger Haushalt eingestellt.

Dann kam die überraschende Kehrtwende: Ein Ratsbeschluss vom Dezember 2022 kippte kurzerhand das zuvor beschlossene Projekt. Konkrete Gründe dafür nannte die Stadt Siegburg nicht. Zur Begründung hieß es lediglich, die Mehrheitsverhältnisse im Rat hätten sich im Herbst verschoben. Was die Eisenbahnwaggons gekostet haben, bleibt unklar, denn die Stadt verweist auf eine vertragliche Verschwiegenheitsklausel. „Wir sind dazu verpflichtet, über den Verkaufspreis Stillschweigen zu halten“, so die Stadt. Die Bahn hingegen machte das Hü und Hott der Politiker nicht mit und stimmte der Stornierung der bestellten Eisenbahnwaggons nicht zu. Seit 2022 besitzt Siegburg somit zwei Eisenbahnwaggons, hat aber keine Verwendung dafür. Um das sinnlos ausgegebene Steuergeld wieder reinzuholen, plante die Stadt, die Eisenbahnwaggons an Interessenten weiterzuverkaufen.
Regelmäßig fragt der Bund der Steuerzahler seitdem in Siegburg nach, ob die Eisenbahnwaggons wie geplant verkauft werden konnten. Im März 2025 antwortete die Stadt: „Es laufen weiter Gespräche mit Nutzungsinteressenten. Noch sind die Bahnwaggons aber nicht verkauft, also keine Veränderung zum letzten Mal.“

DER BUND DER STEUERZAHLER MEINT

Nach bald drei Jahren erfolgloser Verkaufsversuche wird es immer unwahrscheinlicher, dass die Stadt die Waggons noch zu einem guten Preis verkaufen kann. Immer wahrscheinlicher wird dagegen, dass die Politiker in Siegburg durch ihren leichtfertigen Umgang mit Steuergeld den Stadtfinanzen geschadet haben.